

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Die Angehörigen der Heilberufe in Thüringen kritisieren das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Arzneimittelpreisbindung für ausländische Versender und fordern eine Rückführung des Versandhandels auf nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel. Mit Sorge nehmen die Angehörigen der Heilberufe in Thüringen das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 19. Oktober 2016 (Rs. C-148/15) zur Kenntnis, dem gemäß ausländische Versandapotheken von den deutschen Vorschriften zur Gewährleistung eines einheitlichen Apothekenabgabepreises für verschreibungspflichtige Arzneimittel ausgenommen werden sollen.

Das Urteil gefährdet aus unserer Sicht die Strukturen und Prinzipien der medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung kranker Menschen in Deutschland und geht damit in erster Linie zu Lasten der Patienten und der Versorgungssicherheit vor Ort. Die in Deutschland bewährte Preisbindung für verschreibungspflichtige Medikamente sichert für alle Versicherten den gleichen Zugang zu den von ihnen benötigten Arzneimitteln, unabhängig davon, wie viel das einzelne Medikament tatsächlich kostet. Sie gewährleistet die Existenz eines wohnortnahen Netzes vollversorgender Apotheken, auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen. Dieses Netz ist zum einen für die Patienten wichtig, denn hier erhalten diese eine kompetente Beratung, wie die Arzneimittelanwendung gestaltet werden muss, um einen optimalen therapeutischen Effekt zu erzielen.

Gleichzeitig ist die wohnortnahe Apotheke auch ein wichtiger Partner für Ärzte und Angehörige anderer Heilberufe. Sektorenübergreifende Kooperationsprojekte, wie der bundesweite Medikationsplan oder die Arzneimittelinitiative Sachsen-Thüringen (ARMIN) sind nur mit Ansprechpartnern in der Nähe, nicht aber mit anonymen Produktversendern in der Ferne möglich.

Das Abrücken vom Prinzip der Preisbindung für verschreibungspflichtige Medikamente mag für eine begrenzte Patientengruppe einen (eventuell sogar nur zeitlich befristeten) finanziellen Vorteil bringen. Vor allem bringt es aber einen Vorteil für Versandhändler, die ihr Geschäft auf ein attraktives Teilsegment der Arzneimittelversorgung konzentrieren. Dieser Vorteil geht jedoch zu Lasten der Patienten: zunächst derer, die nicht von Boni profitieren, in der Konsequenz aber zu Lasten aller.

Das Abrücken von der Preisbindung für verschreibungspflichtige Medikamente gefährdet das flächendeckende Netz vollversorgender Apotheken. Viele von ihnen werden dem damit verbundenen Verdrängungswettbewerb nicht gewachsen sein und drohen, vom Markt zu verschwinden. Patienten verlieren dadurch einen wichtigen wohnortnahen Ansprechpartner und zugleich einen oftmals vertrauten Berater. Für Ärzte gehen wichtige Kooperationspartner verloren.

Schließlich sendet das Urteil auch ein besorgniserregendes Zeichen in Richtung freiberuflich tätiger Akteure des Gesundheitswesens. Eine hohe berufliche Qualifikation, eigenverantwortliche Arbeit und Gemeinwohlorientierung sind Kennzeichen der freiberuflichen Tätigkeit von Ärzten, Zahnärzten, Psychotherapeuten und Apothekern in Deutschland. Sie gewährleisten eine kontinuierliche Versorgung der Patienten, unabhängig von Marktzyklen und reiner Ertragsorientierung.

Die Unterzeichner fordern daher die politischen Verantwortungsträger in Thüringen auf, sich weiterhin für eine Begrenzung des Versandhandels auf nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel einzusetzen und sich in entsprechende Initiativen auf Bundesebene einzubringen.

Erfurt/ Jena/ Weimar/ Leipzig im Dezember 2016



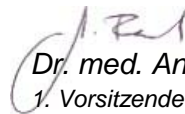
Ronald Schreiber
Präsident
Landesapothekerkammer Thüringen



Stefan Fink
Vorsitzender des Vorstandes
Thüringer Apothekerverband



Dr. med. Ellen Lundershausen
Präsidentin
Landesärztekammer Thüringen



Dr. med. Annette Rommel
1. Vorsitzende des Vorstandes
Kassenärztliche Vereinigung Thüringen



Dr. med. dent. Christian Junge
Präsident
Landeszahnärztekammer Thüringen



Dr. med. Karl-Friedrich Rommel
Vorstandsvorsitzender
Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen



M.A., M.S. (USA) Andrea Mrazek
Präsidentin
Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer